



QUERGEDACHT
DI DR. KLAUS WOLTRON

DAS BRÜSSELER ATOMDIKTAT



VOM SAULUS ZUM PAULUS.
Autor Woltron, jung auf dem Rohling des
Deckels für das Kernkraftwerk Würgassen.

Geht es nach Brüssel, werden wir schon bald für Kernkraft als grüne Energie mitzahlen. 10 Jahre arbeitete ich in jungen Jahren selbst an der Herstellung zentraler Atomkraftwerksteile. Heute bin ich klüger.

Der jüngste Vorstoß der EU, Kernkraft als nachhaltige Energieform anzuerkennen, empört die Gemüter. Er erinnert an längst vergangene Zeiten meiner beruflichen Karriere.

„In Österreich sind AKW verboten – und ihr kommt zu uns, um uns diese Technologie zu lehren?“ So skeptisch begegneten mir, dem damaligen Direktor für Know-how-Transfer 1979 die Mitarbeiter bei NUCLEP, einer Fabrik für Atomkraftwerksteile bei Rio de Janeiro. Kurz zuvor war es im KKW Three Mile Island zu einer Kernschmelze gekommen. Derartige Unfälle hatte man bis dahin ausgeschlossen: eine tödliche Fehleinschätzung. Sieben Jahre später explodierte in Tschernobyl ein Kernreaktor. Radioaktiver Fallout verseuchte viele Länder in Europa. Nach weiteren 25 Jahren wurden vier von sechs Blöcken des AKW Fukushima

»
**DIE END-
LAGERUNG
MUSS LAUT
EU-PLAN
ERST 2050
GEKLÄRT
SEIN.
MEISTER-
STÜCK DER
ETWA 40.000
LOBBYISTEN
IN BRÜSSEL.**

nach einem Tsunami durch Kernschmelzen zerstört. Bis zu 150.000 Einwohner mussten das Gebiet vorübergehend oder dauerhaft verlassen. Die Entsorgungsarbeiten werden voraussichtlich noch 30 bis 40 Jahre lang dauern. Der Schock veranlasste u. a. Kanzlerin Merkel zur Einstellung der Kernkraftnutzung in Deutschland: Die letzten drei Meiler werden Ende 2022 stillgelegt.

TSCHERNOBYL BRACHT DIE WENDE

Zehn Jahre arbeitete ich an der Herstellung zentraler Atomkraftwerksteile. Von Zwentendorf bis Biblis, von Gundremmingen über Busheer/Iran bis Angra/Brasilien habe ich mein Wesen getrieben. Den Opel Manta seligen Angedenkens erwarb ich dank einer Prämie, die ich für ein Patent im Core des AKW Krümmel erhielt.

Seit Tschernobyl bin ich den-

noch ein Gegner der Atomkraft – weniger wegen der Reaktoren: Die unwägbareren Risiken des komplizierten nuklearen Brennstoffkreislaufes und die nach wie vor ungelöste Frage der Entsorgung der strahlenden Abfälle sind es, die mich dazu bewegen.

Trotz alledem decken weltweit von 33 Ländern, die Kernkraftwerke betreiben, 13 mehr als einen Viertel ihres Strombedarfs durch AKW. Mit rund 120 Reaktoren ist in der Europäischen Union ein Viertel aller Atommeiler weltweit in Betrieb, die meisten davon in Frankreich. Das Stromaufkommen Gesamteuropas speist sich zu 25% aus Atomkraftwerken. Zusammen mit kalorischen Anlagen und aufstrebenden nachhaltigen Energieformen, welche Letztere dreißig Prozent des Stroms in der EU liefern, befriedigt man damit den wachsenden Energiehunger: Allein die Elektromobilität wird eine zusätzliche Nachfrage von etwa 15% auslösen.

Fazit: Es ist eine Illusion, ohne Kernkraft die hochfliegenden Pläne des Green Deal (Klimaneutralität bis 2050) verwirklichen zu wollen.

Es gilt, zwischen drei Wegen,



parallel zum Ausbau der Grünen Energien, zu entscheiden:

1. Schließung aller Kohlekraftwerke, Ersatz durch Kern- und Gaskraftwerke;
2. Einfrieren oder Zurückfahren der AKW-Kapazitäten, Weiterbetrieb von kalorischen Kraftwerken; damit Hinausschieben der CO₂-Ziele;
3. Zurückfahren der Kapazitäten, drastisches Sparen beim Verbrauch zwecks Erfüllung des Green Deal.

Die EU hat sich für Variante 1 entschieden: Atom- und Gaskraftwerke sind als nachhaltig einzustufen und Gegenstand günstiger Finanzierung. Durch die Einbeziehung der Atomenergie in den „Green Deal“ (Aufwand: über eine Billion Euro) würde sich Österreich zur Mitfinanzierung verpflichten – egal, wo die Öfen gebaut und betrieben werden. Zweifellos ist der „Europäische Druckwasserreaktor“ sicherer als klassische Reaktoren. Die Endlagerungsfrage soll hingegen gemäß EU-Konzept erst bis 2050 geklärt sein. Dass der Kuhhandel auch der klammheimlichen Milliarden-schiebung von Nord nach Süd dient, ist man schon gewohnt:

DIE MAUS, DIE BRÜLLT. Österreich gibt sich kämpferisch und stemmt sich „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ gegen das Grünwaschen der Atomenergie. Umweltministerin Gewessler (Bild) wird den EU-Atomzug nicht stoppen können.

Ein Meisterstück der etwa 40.000 Lobbyisten in Brüssel.

Österreich gibt sich kämpferisch und stemmt sich „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ gegen das Grünwaschen der Atomenergie. Bei ruhiger Betrachtung entsprechen diese Mittel jenen der sprichwörtlichen Maus, die brüllt: Der Großteil der EU-Staaten stimmt pro Nuklearkraft. Einer Änderung der Pläne der EU-Kommission räumt selbst Bundesumweltministerin Steffi Lemke in Berlin nur geringe Chancen ein, da sich Frankreich und andere Länder klar positioniert hätten.

Der zweckoptimistische Spruch aller EU-Befürworter: „Nur wenn wir dabei sind, können wir mitreden“, wird wieder auf eine harte Probe gestellt werden, ebenso das Einstimmigkeitsprinzip im EU-Rat. Ob Frau Gewesslers Juristen einen Ausweg finden werden, um sich trotz unserer Winzigkeit in Brüssel durchzusetzen? 19 österreichische Mandatäre (abzüglich des stets abtrünnigen Othmar Karas) stehen weiteren 686 gegenüber – wir halten ganze 2,6% der Mandate.

Das Mitreden ist gesichert,

entscheiden werden andere, obwohl es sich um größere Dimensionen als bei Gurken oder Ölkännchen handelt.

Wie könnte ein Teilsieg Frau Gewesslers dennoch aussehen? Wird die österreichische Blockade angesichts der Machtverhältnisse zu einem ergebnislosen Scheingefecht? Ein Zwentendorf 2.0 ist ohne

**DER GROSSTEIL
DER EU-STAA TEN
STIMMT PRO
NUKLEARKRAFT**

erneute Volksabstimmung undenkbar, finanzieren wollen wir ausländische AKW erst recht nicht. Ein möglicher Erfolg wäre, erließe man uns, nach überlautem Wehgeschrei, indirekt die Mitfinanzierung der Öfen im Ausland. In bewährter Manier werden wir sodann nachts mit grauem Strom, der zum Teil aus Kernkraftwerken stammt, Gletscherwasser in alpine Höhen pumpen und ihn am nächsten Tag, wundersam veredelt durch Pumpspeicher-Turbinen, schlitzohrig als grünen Wasserstrom teuer verhökern. Zu mehr reicht unsere Macht nicht, trotz des liebedienerischen Brüsseler Brückenkopfs Othmar Karas: Dessen EVP unterstützt beflissen die Pläne der Atomlobby. ■